

Leipziger Volkszeitung

Hast du dich schon zur Wahlarbeit gemeldet?

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage. für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-aholter 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. - Berlin in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72203	Inseratenpreise: Die 10 gelb. Kolonelle 35 Pf., bei Planvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Verrenteten die 10 gelb. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 M., Inserate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonelle 40 Pf. bei Planvorschrift, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Volkshäuser entgegen

Graf Westarp vor den Toren

Wird er auch Rede und Antwort stehen?

Die Plakatwände Leipzigs verkünden in diesen Letztern, daß kommenden Sonnabend Graf Westarp im Zoo seinen Leipziger Wählern aufwarten will. Wie an anderer Stelle zu ersehen ist, sprach der Führer der Deutschnationalen am Mittwochabend in Stettin. Dort verkündete er das große Wort, daß im Kampfe zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschnationalen Volkspartei die Entscheidung falle. Wir akzeptieren die darin ausgesprochene große politische Würdigung der Sozialdemokratie. Ihr gelte „vornehmlich der Kampf“. Die erste Pflicht der „national-gesinnten“ Wähler sei daher, so verkündete Graf Westarp weiterhin, gegen den sozialdemokratischen Einfluß „mit dem Ziel der Behauptung der Reichsgewalt und dem Bruch der Macht der Sozialdemokraten in Preußen“ mit allen Kräften vorzugehen.

Wir achten und ehren die politische Überzeugung des deutschnationalen Grafen, aber es ist kein besonderes Zeichen von persönlicher Mut, wenn — was wir annehmen, ohne sein Vorwissen — die deutschnationalen Führer in Leipzig zu der Versammlung ein nur dreifach gestiebes Publikum zulassen wollen. Wir nehmen den Handstreich auf, den Graf Westarp der deutschen Sozialdemokratie zugeworfen hat, und es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um zu erreichen, daß die nachfolgenden Stellen aus dem Plakat, das die Westarp-Versammlung ankündigt, beseitigt werden: Sie lauten:

„Erscheinen für Mitglieder Pflicht. Nationalgesinnte Gäste willkommen. Mitgliedsausweis oder Karte berechtigt zum freien Eintritt. Karten in der Geschäftsstelle Egelstraße 7 (Ecke Inselstraße). Deutschnationale Volkspartei.“

Die Jugenbergsche, also deutschnationale und mithin in diesen Fragen zuverlässige Tel.-Union teilt mit, daß Graf Westarp in Stettin vor einer öffentlichen Wählerversammlung gesprochen habe. Nach den vorstehenden Zeilen aber ist anzunehmen, daß zur besonders ausgewählten Personen Eintrittskarten zu der Wahlversammlung des Grafen ausgehändigt werden.

Der deutschnationale Führer spricht über das Thema „Unser Kampf für die Befreiung von Volk und Staat.“ Wir glauben, daß dafür auch die breite Masse der Arbeiterschaft Interesse haben müßte, und daß es dem Grafen Westarp nur gelegen sein kann, wenn wir die Anregung dazu geben, daß er seine Auffassungen über die „Befreiung von Volk und Staat“ vor den breiten Massen der Arbeiterschaft, also des wirklichen „Volkes“ darlegen wird. Ansonsten wird, wenn keine Wahlen vor den Toren stehen, mit dem Begriff „Volk“ in deutschnationalen Kreisen reichlich verächtlich umgegangen. Wir aber sehen von alledem ab und erwarten, daß Graf Westarp am kommenden Sonnabend tatsächlich vor dem gesamten „Volke“ der Großstadt Leipzig in öffentlicher Versammlung Rede stehen und dem Hauptfeind der Deutschnationalen, der Sozialdemokratie, vollste Redefreiheit gestatten wird.

Wir glauben, daß es im Hinblick auf die Stettiner Versammlung nur dieses Hinweises bedarf.

Arbeiter, rühret euch!

Eine Mahnung

Von Richard Zilge.

Die Sozialdemokratie hat bei den Reichstagswahlen am 20. Mai die allerbesten Aussichten. Weil man sich aber auch bei den bürgerlichen Parteien nirgends darüber im Zweifel ist, deshalb werden die bürgerlichen Parteien, und ganz besonders die Deutschnationalen, im Wahlkampfe alle Mienen springen lassen, um die Verluste so gering wie möglich werden zu lassen. Je weiter die Parteien nach rechts und rückwärts gerichtet sind, um so schärfer wird sich der Wahlkampf gegen die einzige Partei, die fast mit mathematischer Sicherheit aus den Wahlen profitieren wird, ausbilden — gegen die Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien wissen, was auf dem Spiele steht: es geht nicht nur um den Verlust einiger Mandate, es geht heute mehr als je bei den Wahlen seit der Revolution um die Erschütterung der Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft und Wirtschaft.

Der Wahlkampf wird zu einem Verzweigungskampfe für die bürgerlichen Parteien werden. Die Mittel in diesem Kampfe werden naturgemäß nicht dieselben, sondern verschieden sein, je nach der wirtschaftlichen Grundlage, auf der die Parteien beruhen und den politischen Zielen. Die Demokraten und die Deutsche Volkspartei (siehe Dr. Stresemann in seiner Leipziger Zoo-Rede am 15. März) werden es an Verbeugungen vor der Sozialdemokratie nicht fehlen lassen, um die Wähler irre zu führen und sie an ihren Wagen zu spannen. Ganz skrupellos und hemmungslos werden unter schwarzweißer Fahne die Deutschnationalen und die noch weiter rechts unter der Führung der Konservativen extremster Observanz vereinigten völkischen Gruppen und nationalistischen Kampfverbände die Wähler mit Lug und Trug täuschen, um sie nach den Wahlen um so gründlicher zu verraten und die Art an die neue staatliche Ordnung zu legen. Was die Sozialdemokratie von den Kommunisten aller Schattierungen im Wahlkampfe zu erwarten hat, braucht hier nicht besonders erörtert zu werden. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie einen schweren Wahlkampf zu führen, und deshalb muß sie nicht nur mit aller Wucht, ohne das geringste von ihrem Wesen zu vertuschen, den Wahlkampf führen, sondern auch bis zum Wahltage den Wahlkampf immer schärfer als reinen Klassenkampf in die Erscheinung treten lassen. Daß dies auch die Aufzählung der Organisationsleitungen und der Parteiritungen ist, ist selbstverständlich. Doch könnten in den weniger aktiven Kreisen der sozialdemokratischen Wählerschaft die überall für die Sozialdemokratie erfolgreichen Wahlen in den Ländern und die daraus zu folgernde Gewissheit eines sozialdemokratischen Wahlsieges am 20. Mai doch hier und da eine Sorglosigkeit auslösen, die den Erfolg beeinträchtigen könnte. Dazu kommt, daß auch die beste Stimmung der Wählerschaft keine Bürgschaft für unbedingten Erfolg bietet. Zwei Beispiele aus der Geschichte der Reichstagswahlen mögen das beweisen: die Wahlen von 1887 und 1907.

Bismarck hatte schon im Norddeutschen Reichstage das Budgetrecht des Reichstages fast illusorisch gemacht dadurch, daß er die Heerespräsenzstärke zunächst auf vier und dann auf sieben Jahre festsetzen ließ. Dadurch war natürlich dem Reichstage die Entscheidung über die Ausgaben für den Heeresetat entzogen. Wenn Bismarck mit einer solchen Militärforderung an den Reichstag kam, sträubten sich dagegen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern mehr oder weniger die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, aber nur um hinterher um so sicherer unzufallen. Im Herbst 1888 forderte Bismarck abermals eine Vermehrung der Heerespräsenzstärke und ein neues Septennat. Fortschrittler, Nationalliberale und Zentrum sperren sich dagegen, einigten sich aber auf die Bewilligung der geforderten Heeresvermehrung, die sie jedoch nur auf drei Jahre bewilligen wollten. Bismarck sollte also in der Hauptsache haben, was er wollte. Indes er bestand auf der restlosen Bewilligung seiner Forderung und löste, da die Sozialdemokraten durch Stimmenthaltung gegen Bismarck entschieden hatten, den Reichstag auf. Die Wahlen wurden für die bürgerlichen Parteien die reinen Angstwahlen. Die Sozialdemokratie litt im Wahlkampfe unter den Schranken des Sozialistengesetzes, trotz dieser Furcht herrschte aber unter der Arbeiterklasse die beste Stimmung und Siegeszuversicht. Die Zuversicht wurde auch durch den Wahlausfall nicht getrübt. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen von 549 900 im Jahre 1884 auf 763 128 trotz des Sozialistengesetzes. Doch die Mandate der Partei gingen zurück von 16 auf 13. Die nationalistische Wahlsche des Bismarckischen Apparates hatte seine Wirkung getan, der Appell an die nationalen Instinkte der großen Partei der Nichtwähler hatte Bismarck einen vollen Erfolg gebracht — im neuen Reichstag wurde das Septennat von allen bürgerlichen Parteien mit großer Mehrheit bewilligt. Seit den Attentatswahlen im Jahre 1878 war die Skrupellosigkeit Bismarcks und die Rückgratlosigkeit der bürgerlichen Wähler nie wieder so kraß in die Erscheinung getreten wie bei den Angstwahlen am 21. Februar 1887.

Nicht anders war es bei den Sottentottenwahlen im Jahre 1907. Der Reichstag wurde am 13. Dezember 1906

Die Wahlparole des Grafen Westarp

„Der Sozialdemokratie gilt vornehmlich der Kampf“

in Stettin, 25. April.

Heute abend hielt die Deutschnationale Volkspartei Pommerens hier eine öffentliche Wahlversammlung ab, auf der der Parteivorsitzende, Graf Westarp, über das Thema: „Unser Kampf für die Befreiung von Volk und Vaterland“ sprach. Er führte u. a. folgendes aus:

Die Entscheidung am 20. Mai fällt zwischen Sozialdemokratie und Deutschnationaler Volkspartei. Der Sozialdemokratie gilt vornehmlich der Kampf. Der Kampf gegen die Parteien der Mitte wird nur soweit geführt, als diese im Gefolge der Sozialdemokraten stehen. Es hängt in erster Linie von der Stärke der Stimmzahl ab, die sich rechts oder links als Regierungsmehrheit oder als Opposition bildet, ob sich nach dem 20. Mai das Zentrum und mit ihm die anderen Mittelparteien für links oder rechts entscheiden werden. Erste Pflicht ist also härtester Kampf gegen den sozialdemokratischen Einfluß mit dem Ziel der Behauptung der Regierungsgewalt im Reich, in Bayern und Württemberg und den Bruch der Macht der Sozialdemokratie in Preußen. Einfluß von Sozialdemokratie und die Rücksichten der Mitte auf sie haben zu jener Außenpolitik pazifistischer Missionen geführt, deren Mißsto jetzt allgemein anerkannt wird. Die deutsche Politik ist viel zu einseitig auf das eine Ziel einer bedingungslosen oder doch nicht an die erforderlichen deutschen Vorbedingungen geknüpften Verständigung mit Frankreich eingestellt. Von der Sozialdemokratie droht die Gefahr, daß das einzige fertige Machtinstrument, das das Versailles Diktat uns gelassen hat, die Reichswehr, verflümmert und parteipolitischem Nachhunger ausgeliefert wird.

An anderer Stelle erklärte Westarp ferner: Die sozialdemokratische Vorherrschaft in Preußen muß gebrochen werden. Sie hemmt die Reichspolitik und macht den Reichsrat zum Tummelplatz von Parteikämpfen. Sie muß beseitigt werden, wenn Preußen aus einer Reichsgefahr zu einer Stütze des Reiches werden soll.

Das Rotfront-Verbot vor dem Reichsgericht

Die Verhandlungen für den 2. Mai angelegt

Berlin, 26. April.

Wie uns aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, ist die Verhandlung wegen des Rotfront-Verbotes vor dem Reichsgericht auf kommenden Mittwoch angelegt. Der Staatsgerichtshof hat zu entscheiden, ob dem Ersuchen des Reichsinnenministers oder aber der gegenteiligen Meinung der Länder entsprochen werden soll. Wie schon berichtet, haben von den 18 einzelnen Ländern 16 bei dem Staatsgerichtshof Einspruch erhoben.

March auf Peking

in Shanghai, 25. April.

Nach der Einnahme von Tsinanfu, der Hauptstadt von Schantung, befindet sich die Südarmerie nunmehr auf dem Marsche nach Peking, dem Schlüssel zu Peking, wo die größte Entscheidungsschlacht im chinesischen Bürgerkrieg erwartet wird. Diese Schlacht wird zum ersten Male ein Zusammentreffen der vereinigten Armeen Tschangkaifschs und Fengshuhangs mit den gesichteten Mulden-Truppen Tschangkaifschs bringen.

Wählt deutschnational — und laßt euch begraben!

Durch die Straßen Berlins flattert ein Blättchen von magrinem Papier. Die Vorderseite sieht ungefähr so aus:

Das Fanal zur Wahl: Wählt Deutschnational!



Tragen Sie diesen Ruf weiter und werben Sie gleichzeitig für die Sterbegeldversicherung der Deutschnationalen Volkspartei! Sie bietet gegen kaum nennenswerte Monatsbeiträge außerordentliche Leistungen. Beachten Sie die Rückseite und erklären Sie Ihren Beitritt zur



Sterbegeldversicherung!

Deutschnationale Volkspartei

Landesverband Berlin

Berlin W 35, Lützowstraße 89-90

Fernsprecher: Lützow 8946 — Postscheckkonto: Berlin, 36904

Die Rückseite bringt dann das Formular einer Beitritts-erklärung, die mit folgenden Worten beginnt:

Ich stelle hierdurch für mich den Antrag auf Aufnahme in die Kollektiv-Rückversicherung der Deutschnationalen Volkspartei...

Die Verbindung der Wahlagitator mit der Propaganda für ein Versicherungsgeschäft ist jedenfalls originell und in diesem Fall von funktibler Bedeutung.